



Grundlagenpapier:

Leitgedanke Partizipation in einer solidarischen Gesellschaft

Chancen und Herausforderungen im Zeichen der demografischen Entwicklung

Forum Seniorenarbeit NRW (Hrsg.)

Autorinnen und Autoren: Christian Adams, Barbara Eifert, Daniel Hoffmann, Dr. Dietmar Köster, Dr. Elke Olbermann, Annette Scholl und Jutta Stratmann

Dieses Grundlagenpapier ist als Diskussionsgegenstand formuliert und will den Leitgedanken der Partizipation in einer solidarischen Gesellschaft in den Kommunen Nordrhein-Westfalens weiter voran bringen. Hierzu wurden zunächst Leitlinien formuliert, die als Anstoss und erste „Prüfkriterien“ jeder Kommune im weiteren Dialog dienen sollen. Darauf folgend werden die Leitgedanken weiter ausgeführt.

Partizipation ist ein Gewinn für alle. Praktizierte Teilhabe bietet die Chance wesentliche Potenziale einer Gemeinde, einer Stadt, eines Kreises, die Menschen für sich selbst und die Mitgestaltung des Gemeinwohls zu aktivieren.

Diese Broschüre wurde im Sommer 2011 im Rahmen einer Arbeitsgruppe und anschließender Online-Zusammenarbeit erstellt.

Sie darf in dieser Form unverändert, kopiert und weitergegeben werden.

Download: www.thema-seniorenarbeit.de/partizipation2011

Foto Deckblatt: istockphoto.com

Redaktion: *Jutta Stratmann, Daniel Hoffmann*

Koordination, Satz und Layout: *Daniel Hoffmann*



Kontakt zu den Autor/innen:

Christian Adams: chr.adams@zwar.org

Barbara Eifert: eifert@post.uni-dortmund.de

Daniel Hoffmann: daniel.hoffmann@kda.de

Dr. Dietmar Köster: koester@fogera.de

Dr. Elke Olbermann: elke.olbermann@tu-dortmund.de

Annette Scholl: annette.scholl@kda.de

Jutta Stratmann: stratmann@fastra.de

Was braucht Partizipation?

Bereitschaft und Verbindlichkeit

Partizipation bedeutet kontinuierliche und damit verbindliche Beteiligung. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft aller Beteiligten, einen gemeinsamen Dialog und Lernprozess einzugehen. Dazu werden **transparente, vereinbarte Regeln und Strukturen angeboten**.

Orientierung

Partizipation lädt zur Mitwirkung aller Lebensalter ein. Sie fußt auf vereinbarten Zielen und Leitbildern aller Beteiligten. Ein differenziertes Altersbild sowie die Berücksichtigung der verschiedenen Milieus und Lebenslagen älterer Menschen in den Sozialräumen ist handlungsleitend, ebenso wie die Berücksichtigung von Stadt- und Ortsteilen sowie Gemeinden.

Überprüfbarkeit für Nachhaltigkeit

Partizipation nutzt Wissen, um regelmäßige Überprüfungen von Zielen zu ermöglichen. Dafür werden relevante Daten und Informationen erfasst und zur Diskussion angeboten.

Transparenz

Bestandteil von Partizipation ist Transparenz. Daher werden beabsichtigte und durchgeführte Maßnahmen, Handlungskonzepte, strategische Vorhaben, Ergebnisse mit den Beteiligten und Entscheidungsträgern organisiert und in angemessener Weise in der Öffentlichkeit kommuniziert.

Fachkompetenz und Qualität

Partizipation wird Praxis durch ermöglichende Strukturen. Deshalb stehen an der Seite willkommener Beteiligungswilliger fachkompetente Ansprechpartner in den öffentlichen Verwaltungen. Eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Transparenz über vorhandene Budgets für die einzelnen Handlungsfelder und Maßnahmen unterstützen die zielgerichtete Tätigkeit der Ansprechpartner und in Folge der Beteiligungswilligen.

Praxis mit Hauptamt und Ehrenamt

Partizipation wird in der Praxis lebendig. Partizipation hilft, die Zivilgesellschaft zu schützen und zu erhalten. Netzwerkarbeit und Begleitung von Projekten und Initiativen geschieht in kooperativer Form. **Die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt auf Augenhöhe in der öffentlichen Verwaltung, in den bestehenden Netzwerken und Gremien sowie in der Öffentlichkeit wird deshalb vorangetrieben.**

Inhalt

Was braucht Partizipation?	3
Einführung	5
Was bedeutet Partizipation? Oder: Wovon können wir ausgehen?.....	6
Was wird durch Partizipation gewonnen?	8
Potenziale sind vorhanden!	9
Was hilft bei der Umsetzung von Partizipation? Vorschläge für Umsetzungsfaktoren	11
1. Haltung und Beteiligungskultur	11
2. Kooperationsbereitschaft/Vernetzung.....	12
3. Lernen und Bildung zur Partizipationsförderung.....	12
4. Kompetenz und Qualitätsentwicklung.....	14
5. Struktur und Regelung von Verantwortlichkeiten	16
Literaturhinweise und Links	17
Literatur.....	17
Links	17
Die Autor/innen	18

Einführung

In den letzten Jahren haben sich die Herausforderungen der Kommunen stark verändert. Nicht allein die demografische Entwicklung sondern auch der Gestaltungswille verschiedener Bevölkerungsgruppen erfordert Berücksichtigung und Einbindung in politische Prozesse. Hilfreich ist dabei die Erkenntnis, dass die Lebensqualität älterer Menschen mittels Partizipation und freiwilligem Engagement erhöht wird. Diese ist ein Gewinn für alle in der Kommune. Gerade ältere Menschen bringen ihr Erfahrungswissen ein, fordern und gestalten neue Verantwortungsrollen in einem Mit- und Füreinander in einer solidarischen Gesellschaft. Das Miteinander der Generationen ist für die Kommunen dabei ebenso von positiver Bedeutung wie die Berücksichtigung von Menschen, die aufgrund ökonomischer, kultureller, sozialer oder anderer Bedingungen benachteiligt sind.

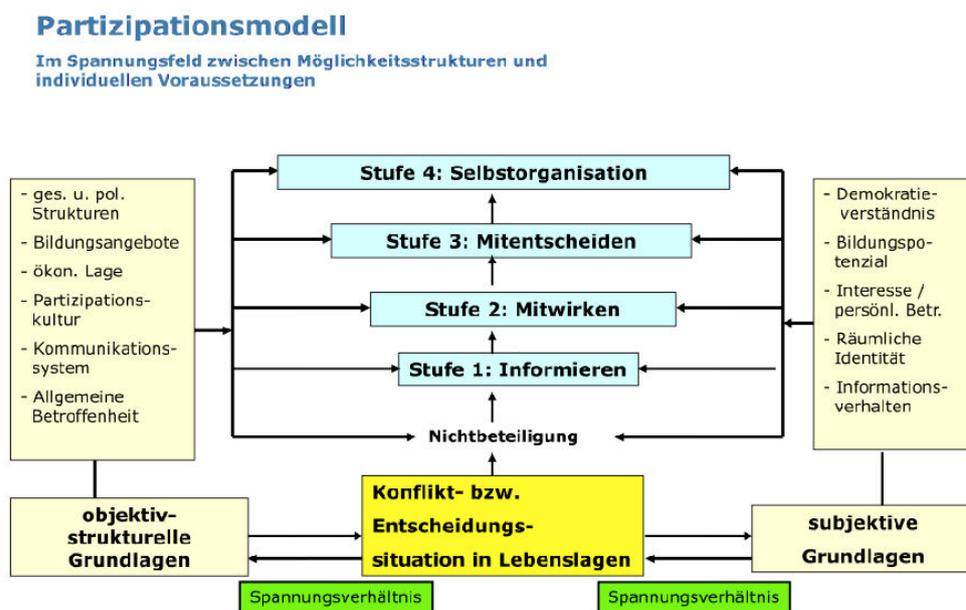
Um eine vertiefende Diskussion zur Partizipation und deren Praxisqualität in Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens anzuregen, wurde dieses Grundlagenpapier entworfen.

Was bedeutet Partizipation? Oder: Wovon können wir ausgehen?

Partizipation meint allgemein die Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben. Partizipation älterer Menschen fördert ihre Integration. Es geht also zentral um Inklusion versus Exklusion mit dem Ziel einer solidarischen Gesellschaft für alle in ihr lebenden Menschen. Sie wirkt gegen Altersdiskriminierungen und ist damit die wirksamste Form ihrer gesellschaftlichen Integration. Partizipation umfasst sowohl die Mitwirkung an politischen Vorgängen als auch die Beteiligung an selbstorganisierten Projekten mit Gemeinwohlbezug. Es geht also um die Mitwirkung im Rahmen von parlamentarischen Prozessen, als Ratsmitglied, sachkundige(r) Bürger/in, Einwohner/in im Fachausschuss etc. Aber auch der vorparlamentarische Raum gehört dazu. Selbstorganisation, Bürgerinitiativen, Trägerschaften für z.B. Freibäder sowie die Gründung von Genossenschaften zeigen Wege zur Gestaltung einer aktiven Bürgergesellschaft.

Partizipation hängt wesentlich von zwei Ausgangsvoraussetzungen ab: Sie erfordert die Teilhabe bereiten Bürger (subjektive Bedingung) als auch Teilhabe ermöglichende Strukturen (objektive Bedingung).

Folgendes Schaubild verdeutlicht dies:



Quelle: Koester u.a. 2008

Partizipation bedarf dabei einer bejahenden Haltung sowie ermöglichender Strukturen. Ausgangspunkt sind die Lebenslagen älterer Menschen, die für sich und/oder andere Lebensqualität erhalten und/oder verbessern wollen. Lebenslagen sind Ausdruck gesellschaftlich produzierter Ungleichheiten (Amann 2010: 79ff.) und bestimmen dadurch Handlungsspielräume: Aus der Diskrepanz zwischen Bedürfnissen und Realisierungsmöglichkeiten können Konflikt- bzw. Entscheidungssituationen entstehen, die unter anderem die Basis für Partizipation sind. Dies kann in alternden Gesellschaften z.B. der Wunsch nach neuen gemeinsamen Wohnformen im Alter sein. Aus dieser Spannung heraus können sich Menschen zusammenfinden, um gemeinschaftlich das Ziel nach neuen Wohnformen zu verfolgen.

Die Qualität der Umsetzung lässt sich in vier Stufen von Partizipation unterscheiden:

- Erstens das Informieren,
- zweitens das Mitwirken,
- drittens das Mitentscheiden und schließlich
- viertens das Selbstverwalten.

Je nach Ausgangsbedingungen, sind der Zugang und die Übernahme von Verantwortung der einzelnen Gruppen unterschiedlich. Hierfür bedarf es differenzierter sogenannter "Empowermentformen".

Wenn Kommunen sich dazu entscheiden, die demografische Entwicklung aktiv zu gestalten und dabei nicht nur die Defizite der Lebensphase Alter, sondern auch die Potentiale sehen, entstehen Fragen nach der Partizipation im Alter. Dies bedeutet auch, dass klassische Altenhilfepläne, die ältere Menschen ausschließlich als hilfe- und unterstützungsbedürftige Personen betrachten, den neuen Anforderungen einer modernen kommunalen Altenpolitik nicht gerecht werden. Partizipation hilft auch hier, denn sie bedeutet weiter, dass nicht die Experten wissen, was für ältere Menschen gut ist, sondern die Menschen selbst. Im Vordergrund steht die Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen. In der Kommune beteiligen und kümmern sich viele Menschen darum, eine solche Verbesserung der Lebensqualität der Menschen zu erzielen. Die notwendigen Vorhaben dazu handeln Seniorinnen und Senioren und alle anderen wichtigen Akteure gemeinsam aus.

Was wird durch Partizipation gewonnen?

Partizipation schließt Menschen mit ihren Potenzialen ein. Für Kommunen bedeutet dies die Chance, Potenziale ihrer Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung des Gemeinwesens einzubinden und sie damit auch zu nutzen. Diese Erkenntnis, verknüpft mit einer zunehmenden öffentlichen Finanznot, hat zur Folge, dass Kommunen ohne das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht mehr auskommen können. Gleichwohl ist dabei unabhängig von der Nutzung von Potenzialen auf den eigenen Wert von Engagement und auf die Gefahr der Ausnutzung des Engagements hinzuweisen. Das Engagement z.B. von Älteren dient neben dem individuellen Gewinn in erster Linie dem Erhalt und der Weiterentwicklung einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft. Daraus folgt, dass nicht genutztes Engagement einen (Werte-) Verlust für Städte und Gemeinden darstellt.

Dabei sind eine Kultur der Ermöglichung und auf Kontinuität angelegte partizipative Strukturen notwendig, weil sie z.B.

- individuell und gesellschaftlich positive Auswirkungen haben,
- eine Kommune bereichern,
- das Wissen und die Erfahrungen, die gerade ältere Menschen einbringen, einbinden, was einen besonderen Gewinn für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen und Angeboten darstellt,
- eine inklusive und solidarische Gesellschaft und
- eine wertschätzende und respektvolle Haltung gegenüber älteren/alten Menschen fördern,
- sozialer Benachteiligung entgegen wirken,
- über die heute lebenden Generationen hinaus wirken und so zum Kulturbestandteil werden (Normalfall Partizipation),
- sie demokratiestärkend wirken,
- daran mitwirken, dass gemeinsam erarbeitete Entscheidungen zustande kommen, die von allen getragen werden.

Potenziale sind vorhanden!

Gerade die Gruppe der älteren Menschen, die noch nie so in sich differenziert war wie heute, hat vielfältige Ressourcen und Potenziale, die individuell, für die Gesellschaft und für alle Generationen gewinnbringend sein kann. Um eine Wahrnehmung dieser Potenziale zu befördern, ist die Auseinandersetzung mit bestehenden, wirkungsmächtigen Altersbildern unabdingbar. Dies zeigt der 6. Altenbericht der Bundesregierung auf, ebenso wie die Landesinitiative „Junge Bilder vom Alter“, die bereits in vielen Kommunen Projekte auf den Weg gebracht hat, die viele Facetten von Lebenslagen älterer Menschen aufzeigen, ihrer Kreativität, notwendige Kooperationsformen zwischen verschiedenen Einrichtungen und neue Begegnungsmöglichkeiten der verschiedenen Generationen und Gruppen herstellen konnte.

Weiterhin gibt es in NRW bereits 150 Seniorenvertretungen in Kommunen, viele Senioreninitiativen und Formen des bürgerschaftlichen Engagements, Vereine und Migrantenorganisationen, Selbsthilfegruppen und -organisationen, die in den Orts- und Stadtteilen, im Quartier oder überregional wirken.

Unterstützt werden sie von Freiwilligenagenturen, weiteren Anlaufstellen zum bürgerschaftlichen Engagement, Seniorenbüros, Fachberatungsstellen und landesweiten Organisationen wie die Landesseniorenvertretung NRW (LSV NRW), Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (LaS NRW) und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa), Zwischen Arbeit und Ruhestand (ZWAR), Forum Seniorenarbeit und anderen.

In vielen Kommunen wurden bereits Diskussionen um Leitbilder und deren Umsetzung (bspw. Gladbeck, Altena, Recklinghausen, Gelsenkirchen) geführt. Verschiedene Prozesse sind eingeleitet. Modellprojekte, wie „Erfahrungswissen für Initiativen“, „Aktiv im Alter“, „PIA“ oder „Qualitätsinitiative“, haben zudem alle neuen Formen der Partizipation und des bürgerschaftlichen Engagements erprobt und eingeführt. Hierdurch haben sich neue Sichtweisen entwickelt. Das Verwaltungshandeln musste sich stärker dem „Bürgerwillen“ gegenüber öffnen, die Kommunikation zwischen Haupt- und Ehrenamt wurde gestärkt.

Bürgermeister, politische Verantwortliche und kommunale Verwaltung stellen durch ihre Haltung gegenüber partizipatorischen Formen und der Bereitstellung unterstützender Strukturen wesentliche Garanten für die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft dar.

Die bestehenden Erfahrungen dieser verschiedenen Elemente:

- Gestaltungswillen älterer Menschen und deren Ausformungen,
- Haltung und Kompetenz von Politik und Verwaltung sowie

- das Zusammenwirken von Haupt- und Ehrenamt in Organisationen, Verbänden, Projekten, Arbeitsgruppen und Netzwerken

müssen an Kommunen, ältere Menschen und unterstützende Hauptamtliche in den verschiedenen Organisationen und Einrichtungen, die sich auf den Weg machen wollen, weiter gegeben werden. Praktizierte Partizipation ist prozesshaft. Damit gehören mögliche Rückschläge und größere Zeiträume bei der Umsetzung dazu.

Weitere Kommunen, Akteure und ältere Menschen sind für diesen Prozess einzuladen. Hierzu wird eine konzertierte Implementierungsstrategie in NRW entwickelt, die dieses Aktivierungspotential unterstützt.

Bestehende Beteiligungsformen haben sich in den letzten Jahren verändert und in den einzelnen Kommunen und Handlungsfeldern unterschiedliche Ausprägungen und Gewicht bekommen. Modernisierungsprozesse im Ehrenamt bzw. beim bürgerschaftlichen Engagement sind dabei bedeutsam. Mögliche Beteiligungsformen wie etwa Seniorenvertretungen, zeitlich begrenzte Planungsrunden, Projektgruppen, -beiräte und Expertenrunden werden in unterschiedlichem Maße und mit unterschiedlichem Wirkungsgrad eingesetzt.

Typische Barrieren in Kommunen für eine partizipative Struktur sind bislang:

- Partizipation wird nicht ernsthaft forciert oder vorangetrieben (d.h. wird rhetorisch propagiert und praktisch verhindert),
- Partizipation wird gewünscht, aber nicht praktiziert (eine zentrale Erkenntnis aus dem Projekt Altengerechte Stadt, das PiA I und II zur Folge hatte),
- Seniorenpolitik und -arbeit haben keinen eigenen Stellenwert bzw. deren Felder werden den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ zugeordnet und sind damit vorrangig von Streichungen betroffen,
- eine fehlende „Haltung“ im Sinne von Anerkennung und Wertschätzung gegenüber Partizipation, d.h. Partizipation wird nicht als Chance wahrgenommen,
- geringe Dialogfähigkeit der handelnden Akteure aufgrund mangelnder Kultur dazu in der Kommune,
- unklare Zuständigkeiten und Zersplitterung in der Kommunalverwaltung,
- keine ressortübergreifende Zusammenarbeit gerade in Feldern, die den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ zugeordnet werden,
- nicht vorhandener Fachkompetenz und Erfahrungen,
- geringer Vernetzungsgrad mit Bürger/innen und Organisationen.

Was hilft bei der Umsetzung von Partizipation? Vorschläge für Umsetzungsfaktoren

Beteiligung ist ein wichtiger Gestaltungsfaktor, der nicht beliebig, sondern im Rahmen der Daseinsvorsorge eine Notwendigkeit vor Ort darstellt, um die Interessen und Bedürfnisse aller Generationen aufnehmen zu können. Die Definition von Themen, die ältere Menschen angehen, können sie am besten selber vornehmen. Die entscheidenden Faktoren für die Umsetzung eines Leitbildes der Partizipation in einer solidarischen Gesellschaft sind:

- Haltung und Beteiligungskultur (d.h. Partizipation wird ernst genommen, Partizipation hat einen hohen Stellenwert = Chefsache und ist auf Kontinuität und Halten der Engagierten ausgerichtet)
- Kooperationsbereitschaft und Vernetzung (d.h. diese ist erwünscht und wird gefördert)
- Lernen und Bildung zur Partizipationsförderung (d.h. im Diskurs entwickeln)
- Kompetenz und Qualitätsentwicklung (d.h. Partizipation erfordert Wissen, braucht Entwicklung und ist ein Prozess)
- Struktur und Regelung von Verantwortlichkeiten (d.h. Partizipation ist kein Zufallsprodukt sondern ein zu überprüfender Prozess)

1. Haltung und Beteiligungskultur

Partizipation wird durch Menschen und deren Haltung getragen. Dazu gehören neben der Bereitschaft zum Dialog die „Begegnung auf Augenhöhe“ und der Abbau von hierarchischem Denken. Vereinbarte Regeln im Umgang miteinander sind hilfreich bei der Erarbeitung von Themen und Projekten. Die Ergebnisoffenheit der Prozesse ist für deren Erfolg als Grundvoraussetzung unerlässlich. Mit anderen Worten: Wer Partizipation will, kann nicht bestimmen welches Ergebnis am Ende eines solchen Prozesses steht.

Ältere Menschen und weitere Beteiligte werden als Expertinnen und Experten ihrer eigenen Lebenswelt, ihres Orts- und Stadtteils/Quartiers angesehen und einbezogen. Ihre Mitarbeit wird einladend angenommen, wertschätzend wahrgenommen und ggf. weiter vermittelt. Selbstorganisation wird unterstützt, Ermöglichung von Engagement und Beteiligung aktiv begleitet.

Hilfreich sind hierbei die Formulierung von Leitbildern und gemeinsame im Prozess erarbeitete und auf Dialog begründete Qualitätsziele einer kommunalen Senioren- und Generationenpolitik.

Die eingeleiteten Partizipations- und Umsetzungsprozesse bedürfen einer aktiven Unterstützung durch die politische und verwaltungsinterne Spitze.

Erreichtes muss in verabredeten Zeitabständen überprüft und ggf. korrigiert werden.

2. Kooperationsbereitschaft/Vernetzung

Die Erfahrungen in den letzten Jahren haben immer wieder gezeigt, dass die Einbindung verschiedener Akteure in Netzwerke (außerhalb und innerhalb von Verwaltung, mit Initiativen, Vereinen, Anbietern und Trägern verschiedener Angebote und Dienste, Bildungseinrichtungen, Unternehmen etc.) einen Mehrwert an Wissen, verbesserte Abstimmungen, qualitätssteigernde Verbesserungen und auch ressourcenschonende Effekte nach sich zieht. Bei der Verständigung auf gemeinsame realistische Leitbilder und Qualitätsziele sowie deren Umsetzung in Teilziele und Maßnahmen sind Beteiligungsprozesse mit den verschiedenen Akteuren sinnvoll und notwendig.

Eine verwaltungsinterne ressortübergreifende Zusammenarbeit ist mehr als hilfreich und unterstützt positive Effekte der Netzwerkarbeit mit externen Akteuren. Weiterhin sorgt sie für mehr Transparenz und eine für Bürgerinnen und Bürger vereinfachte Ansprache.

Eine vertrauensvolle Kooperation bedarf des Aufbaus von Vertrauen und damit verknüpft der Erprobung durch konkretes Handeln und gemeinsame Projekte. Kommunen, die Erfahrung mit dieser Kultur der Zusammenarbeit haben und diese pflegen, werden von ihren Bürgerinnen und Bürgern positiv wahrgenommen.

3. Lernen und Bildung zur Partizipationsförderung

Partizipation will gelernt sein. Dies betrifft:

- Seniorinnen und Senioren, die selbstbestimmt neue Möglichkeiten der Partizipation lernen und eigene Vorstellungen hinterfragen,
- Institutionen wie Stadtverwaltungen, Wohlfahrtsverbände u.a., die sich verändern lernen, um Partizipation zuzulassen,
- Hauptamtliche und freiwillig Tätige, die lernen, sich mit dem Umfeld der älteren Menschen vertraut zu machen.

Zusammenhänge zwischen Partizipation, Lernen bzw. Bildung und Handlungskompetenz können wie folgt verdeutlicht werden:

Partizipatives Lernen

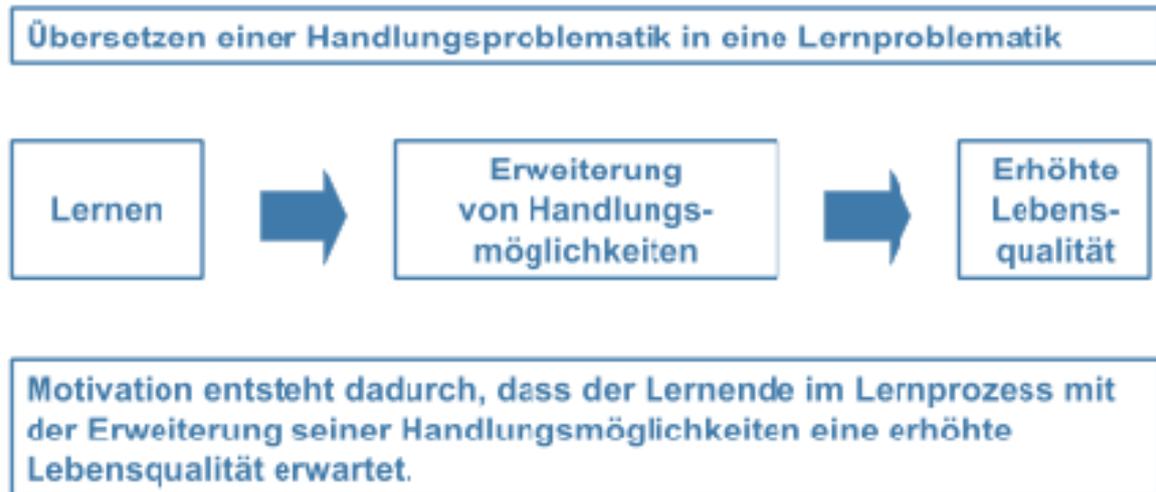


Abbildung: Partizipatives Lernen, Quelle: Köster 2010

Das selbstbestimmte oder partizipative Lernen zeichnet sich durch einen engen Handlungsbezug des Einzelnen aus, der sich aus den Bedürfnissen und Interessen des Lernenden herleitet. Ausgangspunkt des Lernens sind danach Handlungsprobleme oder Gestaltungsaufgaben älterer Menschen, die sich aus ihren Lebenslagen ergeben. Selbstbestimmtes Lernen zeichnet sich nun dadurch aus, dass der Lernende seine eigenen Handlungserfordernisse in Lernfragen übersetzt, um seine Handlungsspielräume zu erweitern. Vom Standpunkt des Lernenden aus betrachtet, stellt sich die Frage, ob die Lernanforderungen in seinem persönlichen Lebensinteresse liegen und ob er die pädagogischen Lernanforderungen als eigene Lernproblematik engagiert übernimmt. Für das Subjekt steht Lernen in einem engen Bezug zum eigenen Handeln also auch zur Partizipation, das sich aus den eigenen Lebensinteressen ergibt. „Zum Lernen kommt es immer dann, wenn das Subjekt in seinem normalen Handlungsvollzug auf Hindernisse oder Widerstände gestoßen ist und sich dabei vor einer ‚Handlungsproblematik‘ steht, die es nicht mit den aktuell verfügbaren Mitteln und Fähigkeiten, sondern nur durch den Zwischenschritt oder (produktiven) Umweg des Einschaltens einer ‚Lernschleife‘ überwinden kann. Unter diesen Prämissen ist es im Interesse des Subjekts, die ‚Handlungsproblematik‘ (vorübergehend) als ‚Lernproblematik‘ zu übernehmen“ (Holzkamp 1996, 28). Es wird also eine Handlungsproblematik des Subjekts in eine Lernproblematik transferiert. Über den Umweg des Lernens eignet sich das Subjekt neue Kompetenzen an, die es ihm erlauben, Gestaltungsaufgaben zu übernehmen, die seine Lebensqualität verbessern können. Beim partizipativen Lernen werden ältere Menschen zum Subjekt ihres Lernprozesses. Lernen ist hier also Voraussetzung für Partizipation.

www.forum-seniorenarbeit.de

Ein wichtiges Ziel von Lernprozessen zur Förderung von Partizipation besteht darin, ein kritisches Bewusstsein über die Beeinträchtigungen der Lebenslagen von außen und die Entwicklungsmöglichkeiten im Alter zu entwickeln. Lernen und Partizipation zielen auf Reflexion und Handlung mit dem Ziel, die Welt zu verändern. Die Frage der Sinngebung wird dabei einbezogen: Seniorinnen und Senioren sollten ihre Verantwortung für eine aktive Rolle übernehmen, um ihre Rechte wahrzunehmen und Veränderungen zu bewirken. Dies liegt nicht nur in der Verantwortung des Einzelnen, sondern als soziale Individuen sollten ältere Menschen gemeinschaftlich mit anderen kritisch handeln. Ältere Menschen werden so zu Subjekten des Wandels.

4. Kompetenz und Qualitätsentwicklung

Qualitätsentwicklung

Partizipation setzt Kompetenz und Orientierung an gemeinsam entwickelten und formulierten Leitbildern voraus. Handlungsleitend können dabei die in NRW entwickelten Qualitätsziele sein, die zur Zeit modellhaft in 11 Kommunen eingeführt und weiterentwickelt werden. Hierfür stehen in NRW verschiedene Fortbildungsangebote zur Verfügung, die genutzt werden können.

Die Bereitstellung einer Fachstelle für Seniorenarbeit in der Kommunalverwaltung, die die angeführten Prozesse kompetent begleitet sowie Vernetzung und Transparenz fördert, stellt eine bedeutende Voraussetzung für die Umsetzung dar. Die Zuständigkeit und das Aufgabenspektrum sollten transparent definiert und mit entsprechenden Ressourcen, Spielräumen und Gestaltungsmöglichkeiten ausgestattet sein. Die zuständige Fachkraft sollte über die entsprechende Kompetenz und Haltung verfügen, um Partizipation und kooperative Arbeitsformen zu gestalten. Grundvoraussetzungen sind also Kompetenz und eine partizipative Haltung.

Die formulierten Leitbilder und Qualitätsziele fußen auf vier Phasen, die in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung bedürfen:

1. Erhebung der Interessen und Bedarfslagen älterer Menschen,
2. Analyse des Vorhandenen und Festlegung von Handlungsschwerpunkten (im Quartier oder Kommune),
3. Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen der Lebensqualität und Umsetzungsschritten,
4. Umsetzung konkreter Vorschläge, Maßnahmen und Projekte.

In allen vier Phasen sind die Beteiligten rechtzeitig über verschiedene Methoden und Beteiligungsformen einzubeziehen.

Methoden der Beteiligung

- Einbeziehung von Akteuren, z.B. Seniorenvertretungen, ZWAR-Gruppen, Initiativen, einzelne Aktive,
- Problemdefinition von den Akteuren,
- Anhörungen,
- Arbeitskreise,
- Aktivierende Befragungen, Bestandserhebungen,
- Einrichtung von Tandems,
- Einrichtung von Projektgruppen, Runden Tischen, Netzwerkforen,
- Bürgerforen, Zukunftswerkstätten,
- Einbeziehung von Initiativen und selbstorganisierten Gruppen.

Je nach Auswahl der Methoden sind entsprechende Aspekte handlungsleitend:

- Ziel und Zweck der Beteiligung,
- Mehrwert für den einzelnen Beteiligten,
- Kontext der Beteiligung, des Projektes,
- Vorhandensein eines politischen Mandats,
- Vorhandene Einflussmöglichkeit,
- Auswahl der Beteiligten,
- Zeitfaktor: was passiert nach der Laufzeit der Beteiligung oder des Projektes?,
- Transparenz der Abläufe und der Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse,
- Formen der Ansprache (Zielgruppe/n).

Hilfreich können sein:

- die Hinzuziehung neutraler Moderatoren oder auch „Partizipationsförderer“,
- festgelegte Formen der Dokumentation,
- angemessene Öffentlichkeitsarbeit,
- organisierte Vermittlung an Entscheidungsträger.

Themen kommunaler Handlungskonzepte

Grundsätzlich gilt es, die Themen bzw. die darin möglichen Probleme von den Beteiligten definieren zu lassen - im Sinne praktizierter Partizipation. Zunächst müssen Leitbilder und Ziele erarbeitet werden, Handlungsfelder bestimmt und priorisiert werden.

Bürgerschaftliches Engagement und die Förderung von Selbstorganisation stellen dabei grundsätzliche Themen für alle Handlungsfelder dar.

Mögliche Handlungsfelder, die es zu bearbeiten gilt, sind:

- Wohnen und Wohnumfeld,
- Infrastruktur und Mobilität,
- Soziale Netzwerke, Begegnung und Gestaltung von Nachbarschaften,
- Miteinander der Generationen,
- Bildung und Kultur,
- Prävention, Gesundheit und Pflege,
- Integration und Migration,
- Armut im Alter.

5. Struktur und Regelung von Verantwortlichkeiten

Die beabsichtigten Prozesse und Vorhaben müssen sich neben der Bereitstellung kompetenter Ansprechpartner in der Verwaltung auch in der Struktur und Organisation der Verwaltung, der Beteiligungsprozesse sowie der Planung und Umsetzung wieder finden.

Die angelegten Beteiligungsprozesse bedürfen einer nachhaltigen Sicherung durch

- Problemdefinition und Entwicklung von Lösungen seitens der Beteiligten,
- eine Kontinuität der Beteiligung (bspw. Seniorenvertretung, andere Beteiligungsformen wie Tandem, Qualitätsbegleiter etc.),
- gemeinsame Einschätzung der Machbarkeit der verabredeten Ziele,
- ressortübergreifende Zusammenarbeit (Arbeitsgruppe, Stabsstelle etc.),
- ein Controlling und Evaluation, die der Vergewisserung dienen, dass die verabredeten Ziele erreicht wurden (in zeitlich vereinbarten Abständen Überprüfung und ggf. Korrektur entsprechend den formulierten Zielen).

Literaturhinweise und Links

Literatur

Amann, Anton; Ehgartner, Günther; Felder, David. 2010. **Sozialprodukt des Alters**. Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag.

Aner, K.; Karl, F.; Bettmer, F.; Olbermann, E. 2008. **Perspektiven einer neuen Engagementkultur**. Praxisbuch zur kooperativen Projektentwicklung. Wiesbaden. VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Bertermann, B. & Olbermann, E. 2011. **Partizipation im Alter**. Arbeitspapier. Dortmund. Institut für Gerontologie.

Download: www.ffg.tu-dortmund.de

Holzcamp, Klaus. 1996. **Wider den Lehr-Lern-Kurzschluss**. Interview zum Thema „Lernen“. In: Faulstich, P. / Ludwig, J. (Hrsg.). 2004: Expansives Lernen. Baltmannsweiler, S. 29-38.

Junge-Reyer, Ingeborg. 2011. **Soziale Stadt braucht Partizipation**. In: BBE-Newsletter 5/2011.

Download: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/05/nl5_jungereyer.pdf

Klein, Ansgar / Fuchs, Petra / Flohé, Alexaner (Hrsg.). 2011. **Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich**. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Vorsorge e.V.. Berlin.

Köster, Dietmar. 2010. **Bildung im Alter als kommunale Aufgabe: Chancen einer alternden Gesellschaft**. In: Bischof, Christine / Weigl, Barbara (Hrsg.): Handbuch innovative Kommunalpolitik für ältere Menschen. Berlin, S. 319-343, Eigenverlag des Deutschen Vereins.

Köster, Dietmar; Schramek, R.; Dorn, S. 2008. **Qualitätsziele moderner SeniorInnenarbeit und Altersbildung**. Das Handbuch. Oberhausen. ATHENA-Verlag.

Landesseniorenvertretung NRW (Hrsg.). 2008. **Altengerechte Stadt – Das Handbuch**. Partizipation älterer Menschen als Chance für die Städte. Wuppertal. Eigenverlag.

Stiftung Mitarbeit/ Astrid Ley; Weitz, Ludwig (Hrsg.). 2003. **Praxis Bürgerbeteiligung, ein Methodenhandbuch**. Bonn.

Roth, Roland. 2011. **Wieso ist Partizipation notwendig für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen?** BBE-Newsletter 5/2011;

Download: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/05/nl5_roth.pdf

Links

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Das übergeordnete Ziel des Netzwerks ist die nachhaltige Förderung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen.

www.b-b-e.de

Engagiert in NRW

Portal für bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement in Nordrhein-Westfalen.

www.engagiert-in-nrw.de

Forum Seniorenarbeit NRW

Das Forum Seniorenarbeit ist eine Quelle für Informationen für innovative Ansätze in der Arbeit mit und für Ältere. In Workshops und Tagungen bietet das Forum den Erfahrungsaustausch für alle an, die mit dem Wandel der Älteren einhergehende, zeitgemäße Alten - und Seniorenarbeit leisten wollen.

www.forum-seniorenarbeit.de

Körper Stiftung

Schwerpunkt: Alter neu erfinden

www.koerber-stiftung.de/gesellschaft/schwerpunkt-das-alter-neu-erfinden.html

Landesseniorenvertretung NRW (LSV NRW)

www.lsv-nrw.de

Wegweiser Bürgergesellschaft

Der Wegweiser Bürgergesellschaft bietet umfangliche Informationen zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Bürgerbeteiligung.

www.wegweiser-buergergesellschaft.de

Wegweiser Kommune

der Bertelsmann-Stiftung bietet zahlreiche Information zum demografischen Wandel und Datenmaterial.

www.wegweiser-kommune.de

Die Autor/innen

Christian Adams, Geschäftsführer der ZWAR Zentralstelle NRW (Zwischen Arbeit und Ruhestand), Dortmund

Die ZWAR Zentralstelle NRW ist zentrale Anlaufstelle in NRW für die Gestaltung von Beteiligungsprozessen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen auf der Basis von Eigenverantwortung und Selbstorganisation.

www.zwar.org



Barbara Eifert, Forschungsgesellschaft für Gerontologie, Dortmund

Seit 1999 wissenschaftliche Beraterin der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen, ist Mitglied im Netzwerk Seniorenpolitik Nordrhein-Westfalen mit den Schwerpunkten und Bezügen: Partizipation, Altersdiskriminierung, Altersbilder, kommunale Leitbilder Alter, demografische Entwicklung auf kommunaler Ebene und führt Fachmoderationen durch.

www.lsv-nrw.de



Daniel Hoffmann, Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln

Seit 2005 Projektleiter des Forum Seniorenarbeit NRW mit dem Schwerpunkt der Weiterentwicklung bürgerschaftlichen Engagements. Zu den wichtigsten Aufgaben gehören vielfältige (neue Medien-gestützte) Fort- und Weiterbildungen für haupt- und ehrenamtlich Aktive in NRW sowie der Transfer in die Praxis.

www.kda.de



Dr. Dietmar Köster, Geschäftsführer des Forschungsinstituts Geragogik (FoGera), Witten

Das Forschungsinstitut Geragogik (FoGera) befaßt sich seit 2002 mit dem Thema „Lernen und Bildung in alternden Gesellschaften“. Zu den aktuellen Arbeitsschwerpunkten gehören: Zur Theorie der kritischen Geragogik, Geragogik und Partizipation im Alter, Lebensqualität im Alter, Alter und Quartiersentwicklung, Demografie und Sozialstaat.

www.fogera.de



Dr. Elke Olbermann, wissenschaftliche Geschäftsführerin des Instituts für Gerontologie an der TU Dortmund

Seit 1990 tätig in der sozialgerontologischen Forschung, Beratung und Lehre mit den Schwerpunkten Lebenslagen im Alter, soziale Altenarbeit, Seniorenpolitik, Alter(n) und Migration.

www.ffg.uni-dortmund.de



Annette Scholl, Leiterin des Bereichs „Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit“ im Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln

Seit 2005 Referentin im Projekt Forum Seniorenarbeit NRW. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind neben gemeinwesenorientierter Seniorenarbeit Nachbarschaftsarbeit, internetgestütztes Lernen und Arbeiten in Gruppen, Gleichbehandlung älterer Menschen und Seniorenpolitik in Europa.

www.kda.de



Jutta Stratmann, Fachberatung für Sozialplanung und Bürgerengagement, Dortmund

Seit 1996 als selbstständige Fachberaterin (Dipl. Soziologin) Beratung und Begleitung von Kommunen im seniorenpolitischen Bereich mit den Schwerpunkten „Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit“, Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation, Wohnen und komplementäre Dienste, Vernetzung.

www.fastra.de



Forum Seniorenarbeit NRW - Neue Wege für Information, Transfer, Beratung und Vernetzung



In Nordrhein-Westfalen arbeiten für und mit älteren Menschen landesweite Organisationen mit unterschiedlichen Zielsetzungen zusammen. Diese sind:

- Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen,
- Ausbau der Teilhabmöglichkeiten und
- Verbesserung der Qualität in der konkreten Arbeit vor Ort.

Jede Organisation bietet für ihre eigenen Mitglieder und Zielgruppen Veranstaltungen und Unterstützungsstrukturen an.

Das Forum Seniorenarbeit ist dabei - gemeinsam mit den anderen Trägern - eine Quelle für Informationen für innovative Ansätze in der Arbeit mit und für Ältere. In Workshops und Tagungen bietet das Forum den Erfahrungsaustausch für alle an, die mit dem Wandel der Älteren einhergehende, zeitgemäße Alten - und Seniorenarbeit leisten wollen.

Vielseitige und breit angelegte Kooperation soll den Wünschen und Bedürfnissen der Älteren gerecht werden.

Weitere Informationen und Netzwerkpartner:

www.forum-seniorenarbeit.de

Forum Seniorenarbeit ist ein Projekt des



Kuratorium Deutsche Altershilfe
Wilhelmine Lübke Stiftung e.V.

gefördert vom:

**Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen**

